

ANTRAG der „Vorarlberger Wirtschaft“  
an das Wirtschaftsparlament  
der Wirtschaftskammer Vorarlberg am 14. November 2023

16.10.2023

## **NEIN zur 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich – Wohlstand erhalten**

Die Arbeiterkammer und der ÖGB diskutieren über eine verpflichtende Vier-Tage-bzw. 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, obwohl allorts Arbeitskräfte fehlen. Hintergrund dafür ist eine nicht repräsentative Studie aus Großbritannien, welche die positiven Effekte der Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich aufzeigt: Mitarbeiter sind laut Studie seltener krank, wechseln weniger oft den Job sind zufriedener und weniger gestresst. Derzeit übersteigt die Nachfrage nach Mitarbeitern das Angebot. Weshalb notgedrungen die Vier-Tages-Woche in etlichen heimischen Unternehmen bereits existiert: Gasthäuser, Friseursalons und sogar Arztpraxen haben immer öfter einen zusätzlichen Ruhetag. Hintergrund dafür ist jedoch nicht, dass es ihnen wirtschaftlich so gut geht und sie auf das zusätzliche Einkommen verzichten können, sondern vielmehr das fehlende Personal.

Fakt ist, dass die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Österreich kontinuierlich sinkt, obwohl immer mehr Personen in Beschäftigung sind. Würde jetzt die Arbeitszeit von 40 auf 32 Wochenstunden gekürzt werden, würden ca. 435 Millionen Arbeitsstunden weniger geleistet werden. Das gefährdet unseren Sozialstaat: Ein BIP-Rückgang von bis zu 5,6 % wäre zu erwarten.

Eine Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn würde den ohnehin schon teuren Faktor Arbeit in Österreich zusätzlich verteuern. Ebenso entsteht für die Arbeitnehmer mehr Arbeitsdruck, da sie die Arbeit von fünf Tagen in vier quetschen müssen, um die „verlorene“ Zeit zu kompensieren. Das bedeutet für die meisten Menschen wohl vor allem mehr Stress und nicht höhere Produktivität.

Die Einführung einer 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist kontraproduktiv, da diese den jetzt schon herrschenden Arbeitskräftemangel noch verstärken würde: Ein Polizist z.B. kann seine Produktivität nicht erhöhen. Besonders in produzierenden Unternehmen fehlen entsprechende Effizienzpotentiale. Es ist absurd: Um das Produktionsniveau zu halten müssten Unternehmen weiteres Personal einstellen, welches ohnehin schon jetzt nicht vorhanden ist. Außerdem führt der demografische Wandel dazu, dass in den nächsten Jahren

die geburtenstarken Jahrgänge (die sogenannten „Babyboomer“) in Pension gehen werden, was den Wirtschaftsstandort Österreich ohne entsprechende Maßnahmen schwächen würde.

Der Arbeitskräftemangel hat bereits im internationalen Vergleich beachtliche Ausmaße angenommen: Österreich hat nach Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat die höchste Quote an offenen Stellen in der gesamten EU. Interessant ist vor allem die Entwicklung seit der Pandemie. So ist seither der Anteil der offenen Arbeitsstellen deutlich gestiegen.

Insgesamt würde die Einführung der 32-Stunden-Woche zu einer massiven Kostenerhöhung und damit zu einer weiteren Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen und die soziale Sicherheit gefährden. Gerade für Kleinunternehmen wäre eine erzwungene Reduktion der Arbeitsstunden kaum leistbar.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten folgenden

### **ANTRAG:**

Die Wirtschaftskammer Vorarlberg wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen im Land Vorarlberg, im Bund und im Dialog mit den Sozialpartnern dafür einzusetzen, Arbeiten z.B. über steuerliche Anreize attraktiver zu gestalten, anstatt über Arbeitszeitverkürzungen zu diskutieren, die den österreichischen Sozialstaat und Standort gefährden.



**Wilfried Hopfner**

Präsident



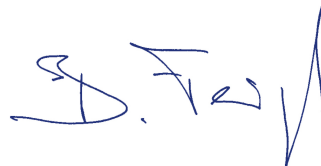
**Eduard Fischer**

Vizepräsident



**Markus Comploj**

Spartenobmann Industrie



**Bernhard Feigl**

Spartenobmann Gewerbe und Handwerk